



KEYSTONE/Peter Schneider / KEYSTONE/DPA/Christian Charisius

Frankreich verbietet Windräder. Was macht die Schweiz? Was macht Albert Rösti?



Hubert Mooser

218 478 23

FacebookTwitterEmailWhatsAppTelegram

07.04.2024

Frankreich sorgte unlängst mit einem Entscheid europaweit für Schlagzeilen: Dort hat man sämtliche Bewilligungen für den Bau von Windkraftanlagen widerrufen. Die Franzosen sind zur Überzeugung gelangt, dass diese Windmaschinen für die lokale Bevölkerung gesundheitsschädigend ist.

Der dichtbesiedelte Kleinstaat Schweiz eignet sich noch weniger als Frankreich als Standort Tausender solcher Anlagen. Es will auch niemand über hundert Meter hohe Windräder vor seiner Haustüre.

Wäre es nicht angebracht gewesen, aufgrund des Widerstandes in der Bevölkerung gerade hier einen Marschhalt einzulegen?

Stattdessen predigt Bundesrat Albert Rösti, der Schweizer Energieminister, wir müssten rasch mehr Strom produzieren – und zwar eben auch mit dem Zubau dieser für die Gesundheit schädlichen Windräder. Die Stimmbürger sollen ihm dafür bei der Abstimmung am 9. Juni mit ihrer Zustimmung zum Gesetz für eine sichere Stromversorgung mit erneuerbaren Energien sogar eine Art Blankoscheck ausstellen.

So viel steht fest: Wenn wir Röstis-Mogelpackung annehmen, dann schiessen auf jedem Hügel zwischen dem Bodensee und dem Genfersee, zwischen Basel und Chiasso neue Windanlagen wie Pilze aus dem Boden.

Zu sagen haben wir dann nichts mehr.

Denn zur Beschleunigung des Zubaus hat man im Umweltrecht viele Hindernisse aus dem Weg geräumt. Kommt es zu einem Konflikt, hat die Energieproduktion einen Vorrang gegenüber dem Umweltschutz.

Oder anders gesagt: Entscheide der lokalen Bevölkerung werden ignoriert, Volksrechte werden massiv eingeschränkt, und die Verfahren sollen beschleunigt werden.

Das ist kein guter Plan, Herr Röstli. Das ist eine Zwängerei.